

Eltern wollen, dass beide Partner in gleichem Umfang Familie und Beruf teilen

„45 % der nordrhein-westfälischen Eltern finden es ideal, wenn beide Partner in gleichem Umfang erwerbstätig sind und sich partnerschaftlich um Haushalt und Familie kümmern.“ Dies stellt der neue, 250 Seiten starke „Familienbericht NRW“ fest. Eine Familienbefragung hat zusätzlich ergeben, „dass nicht nur die Länge, sondern auch die fehlende Flexibilität von Arbeitszeiten zu Zeitmangel führt“. Der Bericht weist ferner aus, dass in NRW 73,6 % der Familien aus verheirateten Paaren mit Kindern bestehen, 19,1 % aus Alleinerziehenden und 7,3 % aus Lebensgemeinschaften. 55 % aller Familien beklagen Zeitmangel, 22 % bezeichnen ihn als „großes Problem“, das noch vor Problemen wie Geld, Kindererziehung, Wohnen und Sicherheit im Lebensumfeld rangiert. Info: www.familienbericht-nrw.de (fpd 01.10.15)

**Bezug zu Bergisch Gladbach:**

Die Stadtverwaltung bietet Eltern vielfältige Möglichkeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren. Flexible Arbeitszeiten, die Möglichkeit, zeitlich begrenzt in Teilzeit zu wechseln, und die Teleheimarbeit bilden die wichtigsten Eckpfeiler. Nach wie vor werden die Angebote zum größten Teil von Frauen genutzt.

25. GLEICHSTELLUNGS- UND FRAUENMINISTERINNENKONFERENZ (GFMK) Beschlüsse und Entschlüsse (Auszüge)

Leitantrag: Alleinerziehende besser unterstützen

Die GFMK nimmt die zentralen Befunde der Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen der Prognos AG für das BMFSFJ zur Kenntnis. Sie begrüßt, dass damit erstmals eine umfassende Darstellung und Wirkungsanalyse dieser Leistungen, deren Gesamtvolumen jährlich etwa 153 Mrd. Euro beträgt, vorliegt. Sie teilt die dort vertretene Einschätzung, dass diese Leistungen eine große stabilisierende Bedeutung für Familien in Deutschland haben. (...)

Die GFMK betrachtet mit Sorge das Ergebnis der Evaluation der Prognos AG, dass die familienpolitischen Leistungen die verschiedenen untersuchten Familienformen nicht in gleicher Weise erreichen. Alleinerziehende und unverheiratete Paare mit Kindern unter 18 Jahren erhalten weniger und im Durchschnitt geringere Leistungen als verheiratete Paare. (...)

Alleinerziehende sind zu 90 % Frauen. Die Verbesserung ihrer materiellen Situation ist eine wich-

tige frauenpolitische Zielsetzung, denn ein großer Teil von ihnen ist in hohem Maß von Armut bedroht; ihre Armutsquote beträgt über 40 %. (...)

Die GFMK begrüßt den Beschluss des Bundestages zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags vom 18. Juni 2015, der wichtige Verbesserungen der Unterstützung von Familien vorsieht und begrüßt auch die Erhöhung des Entlastungsbetrages als einen ersten Schritt zur stärkeren steuerlichen Entlastung von Alleinerziehenden. Ange-



25. GLEICHSTELLUNGS- UND FRAUENMINISTERINNENKONFERENZ (GFMK) Beschlüsse und Entschließungen (Auszüge)

sichts der Pluralisierung der Lebensformen und der starken Zunahme der Ein-Eltern-Familien hält die GFMK zur künftigen Weiterentwicklung darüber hinaus kurzfristige Maßnahmen für erforderlich, die eine rasche Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation von prekären Familienverhältnissen und einen Nachteilsausgleich zwischen den verschiedenen Familienformen zum Ziel haben und insbesondere Alleinerziehende besser unterstützen. Sie bittet die Bundesregierung:

- den steuerlichen Entlastungsbetrag nach § 24b Einkommensteuergesetz (ESiG) für Alleinerziehende deutlich anzuheben und zu prüfen, ob der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende z.B. zu einer Steuerermäßigung in Form eines Abzugsbetrags von der Steuer so umgestaltet werden kann, dass Alleinerziehende mit geringem Einkommen und solche mit mehreren Kindern besser entlastet werden. Die GFMK verweist diesbezüglich auch auf ihren Beschluss aus dem Jahr 2014.
- im Rahmen der aktuellen Prüfung des Verhältnisses von Unterhaltsvorschuss zum Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) auch die bestehenden Diskussions- und Kritikpunkte zu Leistungsdauer und -höhe des Unterhaltsvorschusses sowie die Erhaltung des zeitlichen Wahlrechts einzubeziehen und eine sachgerechte Erhöhung und Verlängerung zu prüfen. Dabei sollten auch verbesserte Unterstützungsmöglichkeiten für Alleinerziehende bei der Schaffung von Unterhaltstiteln und bei deren Durchsetzung in den Blick genommen werden.

• den Kinderzuschlag wirksamer auszugestalten und insbesondere für Alleinerziehende besser nutzbar zu machen. Folgendes sollte dazu geprüft werden:

- die Anhebung des Kinderzuschlags proportional zu den Regelsätzen des SGB II, um zusätzliche SGB II-Leistungen zu vermeiden;
- die Aufhebung der Höchsteinkommensgrenze zur Stärkung der Erwerbsanreize;
- die Änderung der Anrechnung von Unterhaltszahlungen und Unterhaltsvorschuss, um die Leistung für Alleinerziehende besser nutzbar zu machen und
- die Einführung eines Mehrbedarfszuschlags für Alleinerziehende (ähnlich dem Mehrbedarfszuschlag im SGB II).

Bund und Länder werden gebeten, den Ausbau der Kinderbetreuung bedarfsgerecht weiter voranzubringen und dabei die Betreuungszeiten sowie die Kosten der Inanspruchnahme so zu gestalten, dass Alleinerziehende in die Lage versetzt werden, eine existenzsichernde Beschäftigung aufnehmen zu können. ■

Nutzerinnen und Nutzer möglich ist,

- die Mitteilung des Impressums bzw. die Angabe von Privatadressen für Blogbetreiberinnen und -betreiber von der Vorlage einer glaubhaft gemachten, begründeten Anforderung durch konkrete Anspruchstellerinnen und Anspruchsteller abhängig gemacht werden kann.

• Auch die Betreiberinnen und Betreiber von Internetseiten müssen in die Pflicht genommen werden. Die GFMK bittet das BMJV daher des Weiteren, die Thematik „Cybergewalt gegen Frauen und Mädchen“ in den Runden Tisch mit Netzbetreiberinnen und -betreibern einzubringen und insbesondere folgende Maßnahmen zu diskutieren. (...)

• Die GFMK bittet das BMFSFJ zu prüfen, ob im Rahmen einer Studie die neue Gewaltproblematik analysiert werden kann. (...)

Chancengleichheit als Herausforderung für neue Förderformate in der Fortsetzung der Exzellenzinitiative

Nach Auffassung der GFMK muss eine auf Nachhaltigkeit und Exzellenz ausgerichtete Wissenschaftsförderung gleichstellungspolitische Zielsetzungen enthalten. Die Gleichstellung der Geschlechter ist daher als Ziel strategischer Profilbildungsprozesse der Hochschulen und als ein wesentlicher Leistungsbereich in zukünftige Bundesländer-Initiativen aufzunehmen. Insbesondere in der Nachfolge der zweiten Programmphase der Exzellenzinitiative, die Gleichstellung als hochschulpolitische Herausforderung (an-)erkannt hat, besteht die Möglichkeit, die notwendige Kontinuität im Aufbau und der Etablierung geschlechtergerechter Hochschulstrukturen zu gewährleisten.

a) Evaluierung der Exzellenzinitiative

Die GFMK empfiehlt der Bundesregierung, gleichstellungspolitische Fragen als ein wesentliches Kriterium im Evaluationsprozess der Exzellenzinitiative aufzugreifen, um die geschlechtergerechte Ausgestaltung von Folgeprogrammen zu gewährleisten.

Die Evaluation sollte neben der Auswertung von statistischen Daten zur Teilhabe von Frauen und Männern auch qualitative Aspekte, wie die Genderdimension in Forschungsprojekten, reflektieren.

b) Förderformate im Anschluss an die Exzellenzinitiative

Die GFMK bittet die Bundesregierung und die Landesregierungen, bei der Entwicklung neuer Förderformate in der Nachfolge der 2. Programmphase der Exzellenzinitiative die Chancengleichheit von Frauen und Männern als ein Exzellenz- bzw. Qualitätskriterium festzuschreiben und mit den entsprechenden Maßnahmen zu untersetzen. (...)

Cybergewalt gegen Frauen und Mädchen ist reale Gewalt!

I. Mit ihrem ausführlichen Beschluss vom 1./2. Oktober 2014 TOP 5.1 „Bekämpfung von Cybergewalt gegen Frauen und Mädchen“ hat die 24. GFMK eindringlich auf die wachsende Bedeutung von Cybermobbing, Cybergrooming, Cyberstalking und Cybersexismus hingewiesen und den besonderen Charakter dieser Gewalt im digitalen Raum beschrieben. Dabei spiegelt sich im Netz die strukturelle Ungleichheit der Geschlechter wider. Cybergewalt ist oft die Fortsetzung der Gewalt im realen Raum mit digitalen Mitteln, entfaltet aber wegen der Allgegenwärtigkeit und räumlichen sowie zeitlichen Entgrenzung des Netzes besondere Wirkungen. (...)

Die Furcht vor „digitalen Schlägertrupps“ – als Einzeltäter oder in Gruppen – führt dazu, dass viele Frauen es vermeiden, sich im Internet politisch, insbesondere zu Geschlechterfragen, zu äußern. Die GFMK sieht diese Entwicklung mit Sorge.

Der gesellschaftlich notwendige digitale Aufbruch mit der Wahrnehmung all seiner Chancen und Teilhabemöglichkeiten für Frauen kann nur gelingen, wenn das Internet nicht als demokratiefreier Raum erlebt wird, vielmehr auch hier Grundrechte gewahrt und verteidigt werden.

II. Die GFMK hält folgende Schritte für notwendig:

- Die GFMK bittet den Bund und die Länder, das Thema „Cybergewalt gegen Frauen und Mädchen“

in die Digitalen Agenden – soweit vorhanden oder in Planung – aufzunehmen. [E]s gilt, adäquate Formen der Prävention, der Sanktionierung der Täterinnen und Täter sowie von Schutz und Hilfe für die Opfer zu entwickeln.

• Das rechtliche Instrumentarium ist bisher auf die besonderen Bedingungen und Wirkungen des Netzes nicht zugeschnitten. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Schaffung neuer oder Präzisierung bestehender Straftatbestände oder auch ein anderer Strafrahmen erforderlich sind, um den spezifischen Formen der Tatbegehung und dem Unrechtsgehalt der Taten Rechnung zu tragen. Aber auch das Zivilrecht muss den neuen Herausforderungen gerecht werden.

• Insbesondere bittet die GFMK das BMJV um Prüfung, ob

- die Einführung eines Straftatbestandes „Cyberbeleidigung / Cybermobbing“ möglich ist,

- § 1 Gewaltschutzgesetz um das Regelbeispiel „Cyberstalking“ erweitert oder so verändert werden sollte, dass auch Fälle des Cyberstalking eindeutig erfasst werden,

- im Gewaltschutzgesetz die Möglichkeit gerichtlicher Sperr- oder Löschanordnungen von Internetseiten geschaffen werden kann,

- die Normierung von Schadensersatzansprüchen gegen Betreiberinnen und Betreiber von Internetseiten für materielle und immaterielle Schäden der

SHELL JUGENDSTUDIE 2015

„Die jungen Frauen sind die Moderneren“

zwd Berlin (Text: no/hr, Grafiken: cd). Wie „tickt“ die junge Generation? Bei dieser Fragestellung äußern Erwachsene über die Jugend oft Einschätzungen wie „politikverdrossen“, „internetsüchtig“ oder „fehlende Werteorientierung“. Die aufwändig erarbeitete Shell Jugendstudie kommt zu einem anderen Ergebnis. Seit 1953 bietet sie alle 4 bis 5 Jahre einen Blick darauf, was den jungen Menschen in Deutschland zwischen 12 und 25 Jahren wirklich wichtig ist. Dabei widmete sie sich in der aktuellen Studie zum ersten Mal einer Generation, die vollständig im wiedervereinigten Deutschland aufgewachsen ist, aber ihren Platz in einer von Krisen geprägten Welt finden muss. Man habe es mit einer Jugend zu tun, die die Folgen des 11. September 2001 und auch die Finanz- und Euro-Krise sowie die Jugendarbeitslosigkeit erlebte, erklärte Prof. Klaus Hurrelmann, seit Jahren einer der Herausgeber der Studie. Die neuen Ergebnisse zeichneten das Bild einer „Generation im Aufbruch“.

Die Redaktion des zwd-POLITIKMAGAZINS hat sich die Studie unter geschlechterspezifischen Gesichtspunkten genauer angesehen und zeigt auf, wo Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen jungen Männern und Frauen bestehen. Dabei sind Originalzitate aus der Studie in kursiver Schrift gehalten.

Als „bemerkenswert, überraschend und richtungsweisend“ kommentierten die beteiligten WissenschaftlerInnen die Ergebnisse der 17. Shell Jugendstudie. „Die junge Generation ist anspruchsvoll, will mitgestalten und neue Horizonte erschließen“, fasste Projektleiter Prof. Mathias Albert (Universität Bielefeld) die Ergebnisse zusammen, die er im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin gemeinsam mit Prof. Hurrelmann (Hertie School of Governance, Berlin/Uni Bielefeld), Prof. Ina Gudrun Quenzel (TU Dortmund) und Ulrich Schneekloth (TNS Infratest Sozialforschung, München) vorstellte. „Die Studie widerlegt viele Vorurteile und macht Mut“, unterstrich auch Bundesjugendministerin Manuela Schwesig (SPD).

■ Familie, Bildung und Beruf

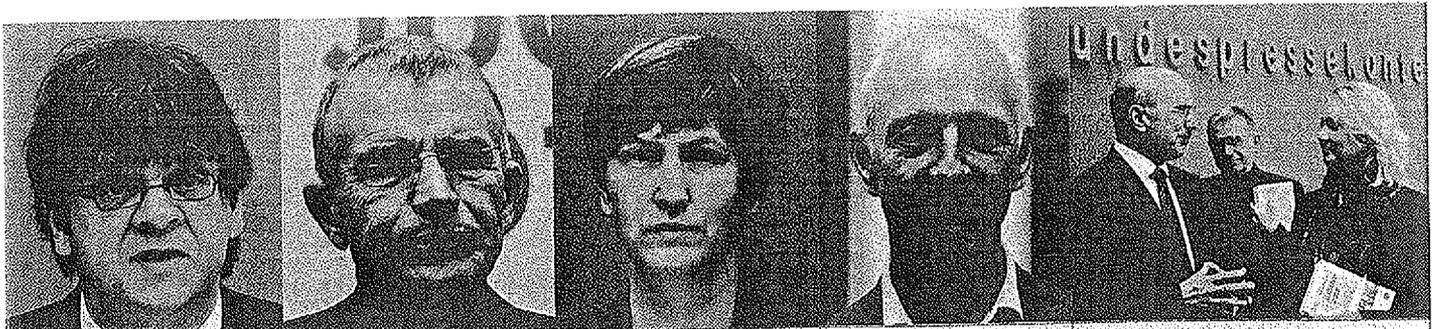
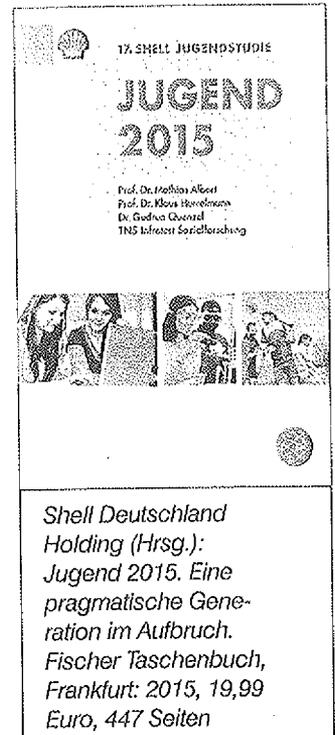
Nur mit einem entsprechenden Schulabschluss können junge Menschen in der Regel ihre beruflichen Wünsche realisieren. Doch selbst unter den Auszubildenden und Studierenden zweifelt ein Fünftel daran, später im Wunschberuf arbeiten zu können. Die Hälfte der aktuell Erwerbstätigen (51%) äußerte die Sorge, dass neben der Berufstätigkeit zu wenig

Zeit für das Privatleben bleibe.

Bildung

Die Bildungschancen von Jugendlichen hängen nach wie vor stark von der Herkunftsfamilie ab. Die aktuelle Shell Jugendstudie kommt zu dem Ergebnis, dass sich zwar in den letzten zwölf Jahren die angestrebten Schulabschlüsse von Jugendlichen, deren Väter keinen oder einen einfachen Schulabschluss haben, verbessert hätten. Dennoch sei es hierdurch nicht zu einer umfassenden Besserstellung der Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern gekommen, weil sich die Bildungserfolge aller sozialen Schichten erhöht hätten, sodass die Unterschiede zwischen den Schichten praktisch gleich geblieben seien.

„Auffällig ist, dass die Bildungsorientierung von jungen Männern und jungen Frauen sich aktuell annähern. [...] Ganz offensichtlich ist in den letzten Jahren der Ehrgeiz der jungen Männer geweckt worden, mehr in ihren Bildungsweg zu investieren.“ (S. 69f.)



Prof. Mathias Albert: „Die junge Generation ist anspruchsvoll, will mitgestalten und Horizonte erschließen.“

Prof. Klaus Hurrelmann: „Die jungen Frauen sind die Moderneren, sie brechen Rollen auf und wollen Spuren hinterlassen.“

Prof. Ina Gudrun Quenzel: „Die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie treibt junge Frauen mehr um als die jungen Männer.“

Ulrich Schneekloth (TNS Infratest): „Die Angst vor Ausländerfeindlichkeit ist größer als die Angst vor Zuwanderung.“

Ministerin Manuela Schwesig (SPD), hier im Gespräch mit Peter Blauwhoff (Geschäftsführer Shell Deutschland): „Die Studie widerlegt viele Vorurteile und macht Mut.“

Geschlecht differenziert lassen sich kaum Unterschiede feststellen (Mädchen 36%, Jungen 37%). Auffälliger sind die Unterschiede bei den Bildungspositionen. Während 23 Prozent der Jugendlichen mit angestrebtem oder erreichtem Hauptschulabschluss sich links von der Mitte einordnen, liegt der Anteil von Jugendlichen mit angestrebter oder erreichter Hochschul- oder Fachhochschulreife bei 45 Prozent.

■ Werte

Die Vielfalt der Wertorientierung der Jugend kann auf wenige markante Grundhaltungen reduziert werden. Bei jungen Frauen und Männern ist in der Studie der Kontrast zwischen einer mehr emotional-idealistischen und einer mehr rational-materiellen Haltung deutlich geworden. So sind für „Idealisten“ Freundschaften, eine vertrauensvolle Partnerschaft oder ein gutes Familienleben wichtig. Jugendliche dieses Profils leben gesundheits- und umweltbewusst und haben Respekt vor der Vielfalt der Menschen. Für die Gruppe der „Materialisten“ sind eher ein hohes Einkommen und gute Aufstiegsmöglichkeiten von großer Bedeutung, die Kontakte zu anderen Menschen dagegen weniger.

Aus Sicht der Studie können 30 Prozent der jungen Frauen und 20 Prozent der jungen Männer den „Idealisten“ zugeordnet wer-

den. Bei den sogenannten „Materialisten“ zeigt sich das umgekehrte Bild. 24 Prozent der jungen Männer, aber nur 14 Prozent der jungen Frauen sind VertreterInnen dieses Werte-Typus’.

„Unterschiedliche Wertorientierungen entsprechen somit der weiterwirkenden Arbeitsteilung der Geschlechter im Leben und in der Arbeit. [...] Schon junge Männer sind einseitiger als junge Frauen auf Wohlstand und Macht eingestellt. Soziale und emotionale Faktoren nehmen sie weniger wichtig als Frauen. Deren inzwischen hohe Orientierung auf Tüchtigkeit geht dagegen mit einer geringeren Erwartung auf materiellen Ertrag einher.“ (S.264).

Die Shell Jugendstudie 2015 zeigt auf, dass – fasst man die Kategorien „wichtig“ und „besonders wichtig“ zusammen – die Wertorientierungen junger Frauen und Männer unterschiedlich ausgeprägt sind. In der Kategorie „wichtig“ (Skala 5-7) schwanken sie zwischen einem und elf Prozentpunkten. Besonders geprägt von den jungen Frauen werden die Wertemuster „gutes Familienleben“, „Kreativität“, „Sicherheit“, „Gesundheit“, „Gefühle“ und „Sozial Benachteiligte“ (vgl. nachstehende Grafik). Konzentriert man sich nur auf die Kategorie „besonders wichtig“ (Skala 6-7), ändert sich der Blickwinkel im Hinblick auf ein „gutes Familienleben“. 78 Prozent der jungen Frauen, jedoch nur 66 Prozent der jungen Männer ordnen dieses auf der Skala-Spitze (Punkt 7) an.

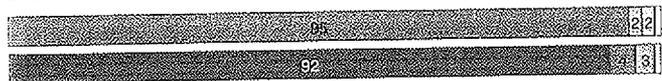
„Wertorientierungen der Jugendlichen (nach Geschlecht)“

„Jeder Mensch hat ja bestimmte Vorstellungen, die sein Leben und Verhalten bestimmen. Wenn du einmal daran denkst, was du in deinem Leben eigentlich anstrebst: Wie wichtig sind dann die folgenden Dinge für dich persönlich?“

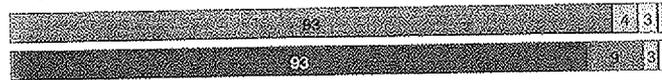
Gute Freundinnen haben, die einen anerkennen



Eine/n PartnerIn haben, der/dem man vertrauen kann



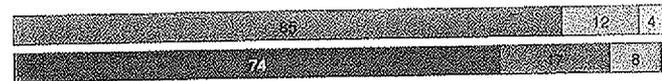
Ein gutes Familienleben führen



Gesetz und Ordnung respektieren



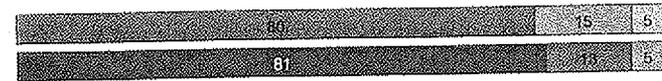
Seine Fantasie und Kreativität entwickeln



Nach Sicherheit streben



Das Leben in vollen Zügen genießen



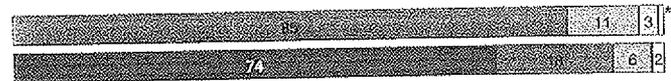
* jeweils 1 Prozent

■ Mädchen ■ Jungen

Gesundheitsbewusst leben



Sich bei Entscheidungen auch nach Gefühlen richten



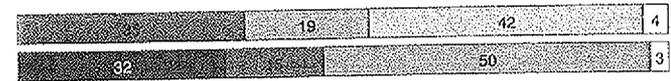
Einen hohen Lebensstandard haben



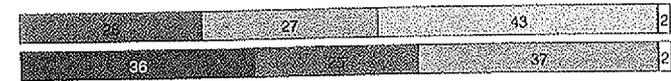
Sozial Benachteiligten und Randgruppen helfen



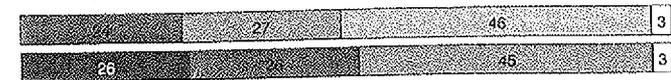
An Gott glauben



Sich politisch engagieren



Am Althergebrachten festhalten



■ Wichtig ■ Teils, teils ■ Unwichtig ■ Weiß nicht / keine Angaben

„Aussagen zur Rolle Deutschlands in der Welt (nach Geschlecht)“

„Was meinst du zu folgenden Aussagen über Deutschland und seine Rolle in der Welt?“

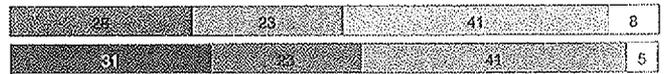
„Unser westliches Modell lässt sich auf große Teile der Welt nicht so einfach übertragen.“



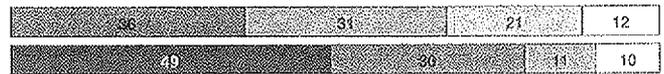
„Wenn wir uns militärisch in der Welt einmischen, machen wir die Dinge nur schlimmer.“



„Deutschland sollte militärisch dazu beitragen, die Kriege in der Welt zu beenden.“



„Russland sollte ein wichtiger Partner für Deutschland bleiben.“



■ Mädchen ■ Jungen

■ Zustimmung ■ Teils, teils ■ Ablehnung ■ Weiß nicht / keine Angaben

Quelle: 17. Shell Jugendstudie 2015 S. 64, 86

■ Deutschland und die Welt

Die ersten Jahre des neuen Jahrtausends waren von Krisen geschüttelt. Dass diese Konflikte die Jugend beunruhigen, belegt auch die aktuelle Shell Studie. Auch wegen der zeitlichen Nähe zum Terroranschlag auf die französische Satirezeitschrift Charlie Hebdo äußerten 73 Prozent der Heranwachsenden Angst vor Terroranschlägen. Während 2010 sich nur 44 Prozent vor einem Krieg in Europa fürchteten, erhöhte sich dieser Prozentwert vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts auf 62 Prozent.

Die Angst vor Terror und Krieg muss nach Einschätzung der Studie nicht ein Indiz für ein außenpolitisches Interesse der jungen Menschen sein. Dennoch bringen 51 Prozent der Jugendlichen dem Weltgeschehen mehr als ein „mäßiges“ (Punkt 4 und 5 auf der Werteskala), davon 14 Prozent ein „sehr starkes“ (Punkt 5) Interesse entgegen.

Auch der Blick auf ihre Heimat fällt bei den jungen Männern und Frauen unterschiedlich aus. So sehen 43 Prozent der männlichen Jugendlichen Deutschland als ein Land mit einer starken Wirtschaft, bei den weiblichen Jugendlichen sind es dagegen nur 32 Prozent.

„[...] Junge Männer schreiben stärker als junge Frauen Deutschland eine Führungsrolle in Europa zu und betonen die starke Wirtschaft mehr als jene. Doch ebenso wie die jungen Frauen lehnen sie eine militärische Rolle des Landes sowie die harte Durchsetzung internationaler Interessen eher ab.“ (S. 232)

Auf die eigene Nation stolz zu sein, ist in Deutschland ein sensibles Thema. Die Shell Studie 2015 belegt jedoch eindeutig, dass viele Jugendliche sich nicht scheuen, das Wort „Stolz“ mit Blick auf ihre nationale Identität zu verwenden. Stolz, Deutsche zu sein, sind laut Studie 69 Prozent der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Und selbst 36 Prozent der Jugendlichen, deren Eltern nicht in Deutschland geboren sind, äußern sich genauso. Mädchen haben eine größere Scheu, sich derart einzuordnen. Während die männlichen Jugendlichen zu 40 Prozent angaben, „sehr stolz“ zu sein, empfinden nur 30 Prozent der Mädchen dies ähnlich. Bei der Kategorie „stolz“ war das Verhältnis 67 (m) zu 57 Prozent (w). 13 Prozent der jungen Männer und 16 Prozent der jungen Frauen sehen in ihrer deutschen Staatsangehörigkeit keinen Grund für dieses Gefühl.

■ Akzeptanz gegenüber Zuwanderung und Flüchtlingen

Die von TNS Infratest durchgeführten Interviews mit Jugendlichen thematisierten auch die – aktuell in den Vordergrund gerückten – Probleme der Zuwanderung und der Ausländerfeindlichkeit. Sie fanden im Zeitraum von Januar bis März 2015 statt, also vor der Zuspitzung der Flüchtlingskrise. Wenn deutlich geworden ist, dass sich viele junge Menschen in diesen Tagen ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagieren, korrespondiert dies mit den Ergebnissen der Shell Jugendstudie, wonach sich die Akzeptanz gegenüber der Zuwanderung nach Deutschland erhöht hat.

Der Anteil der Jugendlichen, die für eine Verringerung der Zuwanderung votieren, ist im Vergleich zu 2006 um 20 Prozent gesunken (von 58 auf 37%). Bei der Frage nach der Zuwanderung von Flüchtlingen gibt es eklatante Unterschiede:

„Bei der Frage der Zuwanderung von Flüchtlingen fordern sogar 71 % der rechts und 52 % der eher rechtsorientierten Jugendlichen weniger Aufnahme als bisher. Für Jugendliche aus der politischen Mitte trifft dies auf 34 % und für Jugendliche ohne Positionierung auf 37 % zu. Eher linksorientierte Jugendliche sprechen sich hingegen zu 23 % und linksorientierte nur zu 17 % für die Aufnahme von weniger Flüchtlingen als bisher aus. Im Vergleich sprechen sich relativ mehr Jugendliche für die weitere Aufnahme von Flüchtlingen als für den weiteren Zuzug von Zuwanderern aus.“ (S. 186f.)

Zur Zuwanderung ist die Haltung der Jugendlichen offener geworden. Trotzdem geben immer noch 29 Prozent der Jugendlichen an, vor Zuwanderung Angst zu haben. Nach Geschlechtern differenziert, sind die Unterschiede marginal. 28 Prozent der männlichen und 30 Prozent der weiblichen Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren sorgten sich 2015 vor Zuwanderung (2002 waren es jeweils 31 Prozent). Der Anteil der jungen Menschen, die Angst vor Ausländerfeindlichkeit äußerten, ist gegenüber 2002 (m: 43%, w: 57%) mit 41 Prozent (m) und 55 Prozent (w) nahezu unverändert geblieben. Dass die Ängste vor Ausländerfeindlichkeit bei beiden Geschlechtern zwischenzeitlich schon geringer waren (2010: 34 % m, 46 % w) und jetzt wieder zugenommen haben, dürfte mit der Zunahme ausländerfeindlicher Demonstrationen insbesondere seit Jahresbeginn zusammenhängen. Insgesamt bleibt unüberschaubar, dass die diese Ängste wegen Ausländerfeindlichkeit deutlich höher sind als die vor Zuwanderung.